

Kommentare

Zeichen setzen ohne Geld

Hagen Eichler zur Gleichstellung im Landeskabinett



Am Wochenende hat die Linke bei ihrer Klausur in Wörlitz die Hits ihres Wahlkampfes abgemischt. Herausgekommen ist ein Best-of-Album mit vielen Oldies - elektrisierende neue Nummern sind kaum dabei.

Für die Landeskasse würde es eine teure Party. Mehr Lehrer, mehr Polizisten, Jobs für Arbeitslose, Weihnachtsgeld für Landesdiener, Entlastung bei den Kita-Beiträgen: Alles wünschenswerte Dinge, die viel Geld kosten. Wie die Wirtschaft wachsen und Geld erwirtschaften kann, bleibt im Ungefähren. Nun ja: Auch die anderen Parteien verteilen derzeit viele Bonbons.

So ist das Originellste am linken Programm das Versprechen, mindestens zur Hälfte Frauen in die Regierung zu schicken. Angesichts der bisherigen Männerdominanz wäre das in der Tat eine erfrischende Abwechslung. Und da sich die engen finanziellen Spielräume immer unprätentioser nach der Wahl zeigen, sind dann alle Anliegen sehr willkommen, die sich ohne Geld anschieben lassen. **Sachsen-Anhalt**

Das Gehalt entscheidet

Matthias Stoffregen zu den Pendlerzahlen



Ein Job in Niedersachsen war für viele nach der Wende erstrebenswert, weil es in Sachsen-Anhalt kaum Arbeit gab. Inzwischen haben die Unternehmen jedoch Tausende Stellen geschaffen, der Arbeitsmarkt hat sich zugunsten der Erwerbsfähigen stabilisiert.

Dass die Zahl der Pendler trotzdem weiter steigt, liegt nicht mehr an Job-Knappheit und auch nicht an günstigen Verkehrsverbindungen. Sondern schlicht am Lohngefälle. Unternehmen in Sachsen-Anhalt kommen nicht umhin, künftig mehr zu zahlen. Andernfalls werden sie ihre freien Stellen nicht mehr besetzen können.

Früher oder später wird auch keine Firma mehr an Tarifverträgen vorbeikommen. Ebenso nicht an betrieblicher Mitbestimmung und familienfreundlichen Arbeitszeiten. Dass der Anpassungsprozess in den kommenden Jahren sehr schmerzhaft ausfallen könnte, liegt auch daran, dass die Politik viel zu lange Niedriglöhne als Standortvorteil angepriesen hat. **Sachsen-Anhalt**



Karikatur: Kostas Koufoglouros

Kommentar

Alt-Rechnungen müssen weg

Jens Schmidt über den ewigen Abwasserstreit



Landtagswahlen machen vieles möglich. In Windeseile hat Innenminister Stahlknecht reagiert und die höchst umstrittenen Abwasser-Rechnungen gestoppt. Das ist ein erster richtiger Schritt. Bald müssen weitere folgen.

Am besten wäre es, wenn der neue Landtag das Gesetz zugunsten der Hauseigentümer ändern kann und die 2015 verschickten Rechnungen für Kanalbauten von anno dunne-mals nichtig sind. Das würde Tausende entlasten, ihnen viele Gerichtsprozesse ersparen und endlich Rechtsfrieden stiften. Die jetzt gültige Regelung zugunsten der Verbände und Gemeinden war politisch ein großer Fehler. Der geht vor allem auf Konto der CDU-Fraktion. Sowohl Innenminister, SPD-Mehrheit als auch die Opposition waren gegen diesen faulen Kompromiss gewesen.

Kostentransparenz für den Bürger liegt schwerer als das finanzielle Interesse der Gemeinden. Zumal diese genügend Zeit gehabt hatten, Rechnungen zu verschicken und die Kosten einzutreiben. **Seite 1**

Jobcenter sollen schneller arbeiten

Koalition will bessere Vermittlung von Beschäftigung für Flüchtlinge und Arbeitslosen erreichen

Viele Langzeitarbeitslose und nun noch die Flüchtlinge - wie soll das gehen? Rund 930 000 Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos. Der soziale Missstand besteht seit Jahren hartnäckig. Droht die Lage mit den Flüchtlingen nun noch schlimmer zu werden?

Die Jobcenter sollen besser gewappnet sein als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das mit Asylentscheidungen nicht nachkommt. Im Sommer, wenn immer mehr Asylverfahren abgeschlossen sind, erwarten sie eine starke Mehrbelastung.

2800 vom Bund bewilligte Stellen für die Flüchtlingsbetreuung wurden auf dem Papier schon auf die Regionaldirektionen verteilt. Die Einstellungen laufen. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, rechnet mit bis zu 200 000 arbeitslosen Flüchtlingen.

Da trifft es sich gut, dass die Koalition ohnehin frischen Wind in die Vermittlung von Arbeitslosen bringen will. Schon 2014 legte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge vor, um das Dickicht der Verfahren in den Jobcentern zu lichten. An die Flüchtlinge dachte man damals noch nicht - doch dass das Gesetz am 3. Februar ins Kabinett kommen soll, kommt nun wie gerufen. „Es ist ein wichtiger



Menschen stehen Schlange in einem „Integrationscenter für Arbeit – das Jobcenter“.

Foto: dpa

Baustein, um die Jobcenter für die anstehenden Aufgaben zu wappnen“, sagt Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD).

Noch wird hinter den Kulissen über Details verhandelt. Anvisiert sind nicht nur schlankere Verfahren, sondern auch bessere Fördermöglichkeiten.

Der CDU-Sozialexperte Karl Schiewerling verspricht: „Wir wollen die Flüchtlinge integrieren, aber die Langzeitarbeitslosen dabei nicht vernachlässigen.“ Für den Chef der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Peter Weiß (CDU), ist zentral: „Wir dürfen die deutschen Arbeitslosen jetzt nicht vergessen, weil die Flüchtlinge da sind.“

Was ist geplant?

● **EINFACHERE VERFAHREN:** Hartz-IV-Leistungen zum Lebensunterhalt sollen künftig in der Regel nicht mehr nur für sechs, sondern für zwölf Monate bewilligt werden. „Also muss die Einkommenssituation seltener überprüft werden“, sagt die SPD-Sozialexpertin Katja Mast. Auch andere einfachere Abläufe bräuchten mehr Zeit für Vermittlung statt für Verwaltung.

● **INTEGRATIONSBETRIEBE:** „Wir wollen die Integrationsbetriebe für Langzeitarbeitslose öffnen“, sagt Schiewerling. Bisher werden solche Firmen - aus Handwerk, Handel, Gastronomie, Dienstleistungen - vor allem für die Beschäftigung von Schwerbehinderten gefördert. „Menschen, die bisher kaum

Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, sollen sich leichter tun, in einem normalen Arbeitsrhythmus Fuß zu fassen“, sagt Schiewerling.

● **ARBEITSGEGLEGENHEITEN:** Jobs für Arbeitslose mit besonders geringen Chancen wegen fehlender Abschlüsse oder Gesundheitsproblemen sollen länger gefördert werden können - etwa Ein-Euro-Jobs für gemeinnützige Arbeit in Kommunen. Bisher dauern sie in der Regel höchstens zwei Jahre. „Es gibt Menschen, die haben solche Hemmnisse auf dem Buckel, dass zwei Jahre nicht reichen“, sagt Weiß. Außerdem sollen Beiträge von Arbeitgebern und Gewerkschaften mehr Einfluss haben beim Urteil, ob so ein Job eine

reguläre Stelle verdrängt - oder vielleicht doch nicht.

Kommt jetzt also ein großer Wurf gegen Langzeitarbeitslosigkeit? CDU-Sozialexperte Weiß spricht lieber von „Korrekturen anhand der Erfahrungen in der Praxis“. Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt: Die Zahl der geförderten Jobs für Langzeitarbeitslose sank trotz neuer Programme in den vergangenen zwei Jahren von knapp 140 000 auf 84 000.

Die große Frage zum Arbeitsmarkt 2016 dürfte werden: Wie schnell gelingt Flüchtlingen der Schritt zum Job, zur Integration? „Viele Flüchtlinge sind besonders motiviert, den Sprung in eine Beschäftigung, Ausbildung oder ein Studium bei uns zu schaffen“, stellen die Spitzenverbände von Industrie, Arbeitgebern und Handwerk gemeinsam fest - sprechen aber ernüchtert von in der Regel fehlenden Deutschkenntnissen und Qualifikationen.

Ministerin Nahles will Flüchtlinge auch über Ein-Euro-Jobs für öffentliche Aufgaben an den Arbeitsmarkt heranführen. Die Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer sagt, Flüchtlinge müssten gleichzeitig in Betrieben Erfahrung sammeln, Deutsch lernen und oft noch besondere Unterstützung bekommen. Sie meint: „Das ist unter den derzeitigen Bedingungen kaum möglich.“ (dpa)

Zur Person



Journalist ist neuer Präsident

Portugals neues Staatsrecht überhaupt Marcelo Rebelo de Sousa will das nur langsam aus der Krise kommende Land versöhnen. „Je mehr wir zusammenhalten, desto stärker werden wir sein“, rief der konservative Politiker in der Nacht zum Montag nach seinem deutlichen Sieg bei der Präsidentenwahl in dem politisch und sozial gespaltenen Land. Der 67 Jahre alte Jura-Professor und Journalist, der in seiner Heimat als langjähriger TV-Kommentator zum Medienstar avancierte, versprach der noch jungen Linksinregierung Beistand.

Das Staatsoberhaupt hat in Portugal relativ viel Macht. Der „Präsident“, für fünf Jahre gewählt, kann sein Veto gegen Gesetze einlegen, das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen.

Der über Jahre mit internationalen Hilfskrediten unterstützte EU-Staat mit gut zehn Millionen Einwohnern steht seit 2014 finanziell wieder auf eigenen Beinen. Nach dem komplizierten Regierungswechsel von Ende 2015 hat man aber noch keinen Haushalt für 2016. Zudem leidet das Land am Tejo trotz einer Erholung weiter unter einer hohen Arbeitslosigkeit, Massenauwanderung und Verarmung. (dpa)

Worte

„Die Zeit für die Frau Bundeskanzlerin läuft ab. ... Ihre Autorität in der eigenen Regierung und in Europa nimmt rapide ab.“

FDP-Bundeschef Christian Lindner am Montag in Berlin.

Freiburg streitet über Diskoverbot für Flüchtlinge

In der badischen Universitätsstadt steht die „Willkommenskultur“ auf der Kippe / Sicherheitsgefühl vieler Einwohner hat sich geändert

Die Stadt am Rande des Schwarzwalds rühmt sich für ihre Weltoffenheit. Freiburg, die südlichste Großstadt Deutschlands, ist bundesweit eine grün-rote Hochburg. Die vielen Studenten halten die Universitätsstadt jung und freiheitlich. Flüchtlinge wurden bislang stets willkommen geheißen.

Doch nach den massenhaften sexuellen Angriffen an Silvester in Köln und anderswo ändert sich auch hier das Bild. Hausverbote für Flüchtlinge in Diskotheken lösen eine Debatte aus. Die sie zeigen, was sich verändert in puncto Flüchtlingskrise und öffentliche Sicherheit.

Die in Freiburg erscheinende „Badische Zeitung“ brachte den Stein ins Rollen. Sie wollte von örtlichen Club- und Diskobetreibern wissen, wie sie nach Köln mit Flüchtlingen umgehen. Das Ergebnis: Vielerorts lassen die Türsteher keine Flüchtlinge oder andere Ausländer mehr rein. Begründet wurde dies dem Bericht zufolge unter anderem mit sexuellen Belästigungen von Frauen, mit Diebstählen und Gewalt.

Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) bestätigte, dass es solche Fälle verstärkt in seiner Stadt gibt. Er nannte in einem Zeitungsinterview junge männliche Ausländer als Täter. Der Rat-

schauchef forderte ein hartes Durchgreifen der Polizei.

Das Problem: Es fehlen Belege. Angezeigt wurden die Fälle, die nun als Begründung für Hausverbote dienen, nicht. „Wir haben keinerlei Anzeichen dafür, dass es vermehrt oder gar massenhaft solche Straftaten gibt“, sagte Polizeisprecherin Laura Riské. Die Polizei und auch die Stadtverwaltung seien regelmäßig im Gespräch mit den Betreibern von Clubs und Diskotheken. Entsprechende Hinweise seien von ihnen dabei nie gekommen. Die Polizei appelliert nun, sich nach Straftaten zu melden. Sonst könne sie nicht reagieren.



Polizisten in Freiburg: Die Straßenkriminalität in der Stadt soll zugenommen haben. Foto: dpa

Gudrun Heute-Bluhm nennt Freiburg mit seinen 220 000 Einwohnern beispielhaft für eine Entwicklung, die es in vielen Städten gibt. „Es ist die

schwierige Aufgabe vor Ort, eine Balance zu finden“, sagte die CDU-Politikerin. Sie wollte in Freiburg 2002 Oberbürgermeisterin werden und ist nun Geschäftsführerin des Städtetages Baden-Württemberg. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen habe sich nach Köln verändert. Die Folge seien Debatten, die emotional und wenig differenziert seien. Eine gute gemeinte Willkommenskultur treffe in den Städten auf die harte Realität - und damit auf eine Bewährungsprobe.

„Straftätern muss mit der klaren Sprache des Gesetzes begegnet werden“, fordert Heute-Bluhm. Sonst würden pauschal alle Flüchtlinge in Verdacht ge-

raten. Das könne sich die Gesellschaft nicht leisten.

Von Köln ist Freiburg weit entfernt. Aber die Debatte im südlichen Baden-Württemberg spiegelt ein allgemeines Stimmungsbild wider. „Wir dürfen nicht aus falsch verstandener Solidarität etwas verschweigen“, sagt Oberbürgermeister Salomon. Er nimmt Flüchtlinge generell in Schutz, fordert aber gegen Straftäter eine harte Linie. Vor zwei Jahren hatte es in Freiburg Probleme mit jungen, alleinreisenden Männern vorwiegend aus Nordafrika gegeben. Polizei und Stadt hatten Mühe, deren Kriminalität und die Ängste der Bürger in den Griff zu bekommen. (dpa)